Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für Landwirtschaft und alle anderen Stände des Wilsdruffer Bezirks

Das „Wilsdruffer Tageblatt" erscheint werktags nachm. 4 Uhr. Bezugspr. monatl. 2 RM. frei Haus, bei Postbestellung 1,80 RM. zuzügl. Bestellgeld. Einzelnummer 10 Rpf. Alle Postanstalten, Postboten, unsere Austräger u. Geschäftsstelle nehmen zu jeder Zeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt oder sonstiger Betriebsstörung besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Kürzung des Bezugspreises. Rücksendung eingesandter Schriftstücke erfolgt nur, wenn Rückporto beiliegt.

Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend

Anzeigenpreise laut ausliegender Preisliste Nr. 5. — Ziffer-Gebühr: 20 Rpfg. — Vorgeschriebene Erscheinungstage und Platzwünsche werden nach Möglichkeit berücksichtigt. — Anzeigen-Annahme bis vormittags 10 Uhr. Für die Richtigkeit der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übernehmen wir keine Gewähr. — Bei Konkurs und

Fernsprecher: Amt Wilsdruff 206

Zwangsvergleich erlischt jeder Anspruch auf Nachlaß.

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Nossen behördlicherseits bestimmte Blatt

Nr. 295 — 94. Jahrgang. Drahtanschrift: „Tageblatt" Wilsdruff-Dresden Postscheck: Dresden 2640 Donnerstag, den 19. Dezember 1935

Von Masaryk zu Benesch.

Mit dem bisherigen tschechoslowakischen Außenminister Benesch hat in der uns benachbarten Tschechoslowakei kein Unbekannter die Nachfolge des kürzlich vom Amt des Präsidenten der Tschechoslowakischen Republik zurückgetretenen Masaryk angetreten. Bis zum letzten Augenblick war es noch ungewiß, ob Benesch tatsächlich gewählt werden würde, da sich in den tschechoslowakischen Parteien starker Widerstand gegen seine Wahl geltend gemacht hatte. Aber, wie so Überraschungen in parlamentarisch regierten Staaten möglich sind, gelang es in letzter Minute, die bestehenden parlamentarischen Schwierigkeiten zu beseitigen, der Gegenkandidat Remec trat von seiner Kandidatur zurück, und Dr. Benesch wurde bereits im ersten Wahlgang mit der erforderlichen Mehrheit zum Präsidenten der Tschechoslowakischen Republik gewählt.

Es sah vor der Wahl wirklich so aus, daß ihr Ausgang zweifelhaft war. Der tschechoslowakische Staatspräsident wird in drei Wahlgängen von beiden Häusern der Nationalversammlung erkoren. Es wählen ihn also 450 Abgeordnete und Senatoren. Der erste und der zweite Wahlgang sehen Dreifünftelmehrheit vor, der letzte Wahlgang gewöhnliche Mehrheit. Nach dem Stand der Wahl vor der Abstimmung glaubte man nicht daran, daß eine Entscheidung im ersten Wahlgang möglich sein werde. Es war so gut wie sicher, daß im ersten Wahlgang für Benesch die tschechischen Sozialdemokraten 58, die tschechischen Nationalsozialisten 42, die deutschen Sozialdemokraten 17, die Kommunisten 46, die deutschen Demokraten 1, die tschechischen Klerikalen 33, die deutschen Christlichsozialen 9, insgesamt also 206 Abgeordnete stimmen würden. Dieser Gruppe standen zunächst folgende Stimmen gegenüber: tschechische Agrarier 68, tschechische Gewerbepartei 25, Nationaldemokraten 26, Faschisten 6, Deutscher Bund der Landwirte 5, Ruthenen 2. Bei einer Stichwahl hätten demgemäß die 67 Stimmen der Sudetendeutschen Partei, die 31 slowakischen Autonomisten und die 14 Ungarn den Ausschlag geben können. Als sich aber die Lage vor der Wahl hochdramatisch zugespitzt hatte, trat die sensationelle Wendung ein, daß auf Grund von vatikanischen Einflüssen die Wahl Benesch' gesichert wurde. Es war von vornherein aufgefallen, daß die von Monsignore Schramek geführten tschechischen Klerikalen offensichtlich sich hinter Benesch gestellt hatten. Schramek drängte darauf, daß auch die von Pater Hlinka geführten slowakischen Autonomisten sich auf die Seite Beneschs schlügen, da Benesch seit dem großen Prager Katholikentag und dem Abschluß des modus vivendi beim Vatikan großes Ansehen genießt. Dieser Gesichtspunkt muß auch bei verschiedenen anderen Parteien der Opposition ausschlaggebend gewesen sein.

Der jetzige tschechoslowakische Staatspräsident Eduard Benesch wurde am 28. Mai 1884 geboren. Als der Weltkrieg ausbrach, flüchtete er nach Paris und vertrat die Tschechoslowakei auf der Pariser Friedenskonferenz. Man kann ihn als französisch orientiert bezeichnen. Aus dieser politischen Anschauung heraus wurde er der Schöpfer der Kleinen Entente. Seit 1918 war er Außenminister der Tschechoslowakei. Die von ihm geschaffene Kleine Entente verlor an Bedeutung, als er sich den von Jugoslawien geführten Bestrebungen zur Bildung eines antibolschewistischen Staatenringes um Sowjetrußland nicht anschloß und seit Jugoslawien durch das Abkommen mit Italien die Kleine Entente gelockert hatte. Ja, Benesch vollzog als Lenker der tschechoslowakischen Außenpolitik sogar eine deutliche Schwenkung zu den Sowjets hin und unterstützte z. B. auf dem diplomatischen Parkett des Genfer Völkerbundes die scharfe Sanktionspolitik der Sowjets gegen Italien. Gerade in Genf war Benesch politisch sehr rege, und er nahm an der Entwicklung der europäischen Politik lebhaften Anteil.

Ob Benesch seinen Vorgänger, den ehrwürdigen Masaryk, wird voll und ganz ersetzen können, muß man dahingestellt sein lassen. Es ist sehr schwierig, in der Tschechoslowakei zwischen den verschiedenen Nationalitäten den erforderlichen Ausgleich zu schaffen. Masaryk war immerhin der Gründer des jungen Staates. Er war die große, repräsentative Gestalt des Staates, der von sechs Nationen bewohnt und mit ungelösten Fragen bis zum Rand gefüllt ist. Da ist z. B. die Frage der Unterdrückung der Sudetendeutschen. Die Sudetendeutschen haben, sowenig ihnen Masaryk praktisch helfen konnte, doch allmählich gefühlt, daß dieser Mann das Unrecht, das ihnen der nationale Haß seiner Volksgenossen zufügte, innerlich nicht billigte. Sie hatten Vertrauen zu ihm gefaßt und es ihm durch die Stimmabgabe für seine letzte Wiederwahl und durch manche andere Kundgebungen bewiesen. Sein Nachfolger Benesch ist aber nicht gerade als Deutschenfreund anzusprechen. Vielleicht ändert sich seine Einstellung gegenüber den Sudetendeutschen, nachdem er nun Präsident geworden ist. Die Sudetendeutsche Partei in der Tschechoslowakei wünscht jedenfalls, wie aus Verlautbarungen führender Männer der Sudetendeutschen zu entnehmen ist, daß mit dem neuen Präsidenten die mit dem verstorbenen Ministerpräsidenten Svehla zu Grabe getragenen Idee von den „Gleichen unter Gleichen" auferstehe.

Englands Außenminister zurückgetreten

Der englische Außenminister Sir Samuel Hoare ist, wie das englische Reuter-Büro meldet, am Mittwochabend zurückgetreten.

Ueber den Rücktritt des Außenministers werden noch folgende Einzelheiten bekannt:

Hoare faßte den Entschluß zu seinem Rücktritt erst am Mittwochabend; sein Rücktrittsgesuch ist angenommen worden. Wer sein Nachfolger werden wird, war Mittwochnacht noch völlig ungewiß. Man hält es für möglich, daß Baldwin vorläufig das Außenministerium mitverwaltet; andererseits glaubt man, daß Neville Chamberlain Außenminister werden wird.

Um Mitternacht wurde mitgeteilt, daß trotz dem Rücktritt des Außenministers die Aussprache im Unterhaus am heutigen Donnerstag stattfinden wird. Hoare wird, wie das üblich ist, voraussichtlich von einer der Bänke der Abgeordneten aus eine Erklärung über seinen Rücktritt abgeben. Hierauf bringt der Führer der Arbeiterpartei, Attlee, den Mißtrauensantrag ein, darauf spricht Baldwin.

Der Friedensplan erledigt

Die Sitzung des englischen Kabinetts am Mittwoch dauerte etwa zwei Stunden. Ueber ihr Ergebnis verlautet nichts, was sichere Schlüsse auf die Absichten der Regierung bei der Unterhausaussprache am Donnerstag zulassen könnte.

Neben der Rede Mussolinis findet in der Abendpresse in erster Linie eine Genfer Reutermeldung Beachtung, in der es heißt, daß das Ergebnis der Besprechungen zwischen den verschiedenen Abgeordneten

der englisch-französische Friedensplan als tot angesehen werden könne; es handelt sich nur noch um die Frage, wie man sich des Leichnams entledige.

Der Pariser Plan vor dem Völkerbundsrat.

Abessiniens Antwort in der geheimen Sitzung erörtert.

Am Mittwochnachmittag trat der Völkerbundsrat zu entscheidenden Beratungen zusammen. Es geht jetzt in Genf um die höchst bedeutsame Frage, ob es gelingt, den Abessinienkrieg durch einen wirklichen Frieden zu beenden. Andererseits würde der Krieg seinen Fortgang nehmen und würden die Völkerbundsmächte gezwungen sein, die Sanktionen gegen Italien fortzusetzen und sogar zu verschärfen.

Der Pariser Gesandte der abessinischen Regierung, Wolde Mariam, hatte am Mittwochvormittag dem Generalsekretär des Völkerbundes, Avenol, die Antwort der abessinischen Regierung auf die Pariser Friedensvorschläge überreicht. Im Generalsekretariat des Völkerbundes wurde die Antwort geprüft und zum Gegenstand der zunächst vertraulichen Verhandlungen des Völkerbundsrates gemacht. Die Antwort enthält eine ausführliche Darlegung des abessinischen Standpunktes, vermeidet jedoch aus taktischen Gründen eine ausdrückliche Ablehnung der englisch-französischen Anregungen.

An einer kurzen Ratssitzung am Vormittag, die sich mit den Angelegenheiten des Irak beschäftigte, nahm ein Vertreter Italiens überhaupt nicht teil. Von italienischer Seite wurde diese Abwesenheit damit begründet, daß man erst die endgültige Entscheidung Mussolinis in der Sitzung des italienischen Senats abwarten müsse.

Ratssitzung ohne Italien.

Am Mittwochabend trat der Rat des Völkerbundes zu einer öffentlichen Beratung zusammen. Zu der Verhandlung waren alle Mitglieder des Rates mit Ausnahme des Vertreters von Italien erschienen. Bevor die Verhandlung begann, nahm der Präsident das Wort, um dem neugewählten tschechischen Staatspräsidenten Dr. Benesch Glückwünsche auszusprechen. Den Glückwünschen des Präsidenten schlossen sich Laval, Eden und fast alle übrigen Mitglieder des Völkerbundes an.

Der öffentlichen Sitzung des Rates ging eine vertrauliche Verhandlung voraus.

Außerdem haben Laval und Eden eine fast zweistündige Unterhaltung gehabt, an die sich Beratungen von Eden mit Vertretern der Kleinen Entente und der Balkan-Entente und eine Aussprache von Laval mit dem polnischen Außenminister Beck sowie Verhandlungen von Laval und Eden mit dem spanischen Botschafter Madariaga anschlossen. Man nimmt an, daß die Beratungen auf die Bildung eines besonderen Ausschusses des Völkerbundsrates hinausliefen.

Abessinien hofft auf Ablehnung des Pariser Planes.

Vor der Sitzung gab das Generalsekretariat den Wortlaut der außerordentlich umfangreichen Note bekannt, die die abessinische Regierung dem Völkerbund hat überreichen lassen. Diese Note gibt zunächst eine langwierige historische Darstellung der gesamten bisherigen Verhandlungen, wobei zum Ausdruck gebracht wird, daß die abessinische Regierung davon überzeugt gewesen sei, daß niemand außer dem Völkerbundsrat das Recht haben würde, ihr irgendwelche Vorschläge oder gar Bedingungen für einen Frieden zu übermitteln. Die Note beklagt sich weiter darüber, daß

der ganze Ton der englisch-französischen Vorschläge einseitig gegen Abessinien gerichtet

sei, und daß immer wieder von Bedingungen in wechselndem Zusammenhang mit dem Wort Anregung gesprochen werde. Es wird dann besonders hervorgehoben, daß nach Auffassung der abessinischen Regierung niemand das Recht habe, dem Kaiser von Abessinien einen Berater aufzuzwingen, daß die Unterstützung, die man Abessinien zuteil werden lassen wolle, von fünf zu fünf Jahren in ihren Grundsätzen und in ihrem Aufbau nachgeprüft werden müsse. Der Völkerbund habe kein Recht, irgendwelche territorialen Veränderungen vorzuschlagen oder durchzusetzen, insbesondere nicht, nachdem Abessinien angegriffen worden sei. Es widerspreche auch den Grundsätzen des Völkerbundes, wenn man gewaltsam von Abessinien die Überlassung irgendwelcher wirtschaftlichen Konzessionen an Italien verlangen würde. Es würde weiter im Gegensatz zur Völkerbundssatzung stehen, wenn man Abessinien irgendeine Zwangsaufsicht des Völkerbundes auferlegen würde. Die Überlassung eines Hafens durch Italien sei keine Entschädigung für irgendeinen sogenannten Landausgleich, weil der Hafen und das damit verbundene Landgebiet jederzeit von Italien wieder weggenommen werden könnten und stark unter dem machtpolitischen Einfluß Italiens stehen würden. Zum Schluß verzichtet die Note auf eine genaue Bekanntgabe des abessinischen Standpunktes, insbesondere zu der Frage, ob Abessinien nun endgültig ablehnt oder zu Verhandlungen bereit ist. Es wird nur festgestellt,

daß Abessinien das Vertrauen habe, daß der Völkerbund die sogenannten Anregungen von Paris als nicht mit der Völkerbundssatzung übereinstimmend bezeichnen und damit zurückweisen würde.

Nach der Verlesung der Note gab der Präsident alle dem Rat zugegangenen Schriftstücke zur Frage des italienisch-abessinischen Krieges bekannt einschließlich eines Hinweises auf die Pariser Vorschläge Englands und Frankreichs. Darauf bat der englische Völkerbundsminister Eden sofort um das Wort, um folgende Erklärung abzugeben:

Eine Erklärung Edens.

„Wie meine Kollegen sich erinnern werden, sind wir, als wir uns im November auf einige jetzt in Kraft befindliche Sanktionen einigten, darin übereingekommen, daß es notwendig wäre, Anstrengungen zu machen, um eine Grundlage für eine Einigung zu finden. Die Sanktionskonferenz billigte diesen Versuch, zwischen zwei Parteien den Streit zu schlichten, und es wurde auf Vorschlag des belgischen Ministerpräsidenten als willkommen angesehen, daß die englische und französische Regierung eine Grundlage für Verhandlungen suchen wollten. Es war dabei immer als selbstverständlich angesehen, daß jeder Vorschlag, welchen diese beiden Regierungen ausarbeiten würden, für die beiden in Streit befindlichen Parteien und für den Völkerbund annehmbar sein müsse."

Über die Absichten der beiden Regierungen über eine grundsätzliche Bedingung für ihre Maßnahmen erklärte der Redner, daß vor einer endgültigen Verhandlung mit beiden Parteien zunächst die Vorschläge durch den Völkerbund gebilligt sein müßten. Alle Verhandlungen seien mit den guten Wünschen der Sanktionskonferenz geführt worden. Wenn aber dieser Versuch ohne Erfolg bleiben sollte, dürfte doch der Grundsatz der Verständigung zurückbleiben, wie ihn der Völkerbund mehrfach als notwendig bezeichnet habe. Eden erklärte zum Schluß wörtlich:

„Wenn es sich nun ergeben sollte, daß die dem Rat vorgelegten Vorschläge nicht als ausreichende Grundlagen für eine Verständigung zwischen den drei Teilen

SLUB Wir führen Wissen. Heimatmuseum der Stadt Wilsdruff WILSDRUFF